



# EWSA info

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss  
Eine Brücke zwischen Europa und der organisierten Zivilgesellschaft  
März 2016 | DE



## LEITARTIKEL

Ich freue mich ganz besonders, dass unser Ausschuss im Februar nahezu einstimmig seine Entschließung zur Förderung der europäischen Integration, des freien Verkehrs von Personen, Waren und Dienstleistungen und des Schengener Abkommens verabschiedet hat. Unseren drei Gruppen ist es gelungen, die Haltung der organisierten Zivilgesellschaft in die richtigen Worte zu fassen. Unternehmen, Arbeitnehmer und Burgervereinigungen haben ihren Standpunkt gemeinsam zum Ausdruck

gebracht. Dies entspricht genau der im Vertrag festgelegten Aufgabe, der Daseinsberechtigung und dem größten – durch und durch europäischen – „Mehrwert“ unseres Ausschusses.

Wir hatten uns vorgenommen, eingehend die Faktoren zu beleuchten, die der Krise zugrunde liegen – einer Krise, die unsere Rechte, unsere Wirtschaft und das europäische Projekt an sich bedroht. Diesen Vorsatz wollen wir in diesem Monat bei einer Debatte mit sehr hochrangigen Gästen in die Tat umsetzen. Dabei wird es um die derzeitigen Flüchtlingsströme gehen sowie um die Frage, wie wir darauf würdevoll, effizient und solidarisch reagieren können, auf eine Weise also, die ebenfalls durch und durch europäisch ist.

Ich hoffe, wir werden dabei die Gelegenheit haben, gemeinsam jene Reaktionen an den Pranger zu stellen, die auf Irrationalität, Propaganda, schlechtem Management und der Gleichsetzung von Flüchtlings, Migranten und sogar Terroristen beruhen. Ich hoffe, wir werden dabei auch gemeinsam die richtigen, realistischen und vernünftigen Antworten finden.

In letzter Zeit sorgt auch die Haltung des Vereinigten Königreichs gegenüber der Union für viel Gesprächsstoff. Ich persönlich bin der Meinung, dass das Vereinigte Königreich seinen Platz in unserer Union hat, und dass ein Austritt bedauerenswert wäre. Ganz im Gegenteil sollte sich das Land stärker integrieren, und zwar im Allgemeinen und in erster Linie in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse, das auf einer friedvollen und rationalen geopolitischen und wirtschaftlichen Vision beruht.

Sollte jedoch die Frustration, die durch die Hetze der Populisten geschürt wird – und von Politikern, die in die Falle tappen und noch eins draufsetzen – dazu führen, dass sich die Bevölkerung des Vereinigten Königreichs für einen Austritt aus der EU entscheidet, dann müssen wir diesen Wunsch selbstverständlich in all seiner Tragweite respektieren. Andererseits darf es natürlich nicht sein, dass ein Staat gewissermaßen als Ausgleich für seinen Verbleib in der EU die europäische Integration sabotiert, indem er beispielsweise offen gegen die Fundamente des EU-Rechts verstößt und Arbeitnehmer aus anderen Mitgliedstaaten im Bereich der Sozialleistungen diskriminiert.

Ich stelle in jedem Fall fest, dass die Vertreter der britischen Zivilgesellschaft in unserem Ausschuss gar nicht daran denken, sich von uns zu verabschieden: Ich habe mehrmals Äußerungen von ihnen vernommen, die richtig sind und ebenfalls von einem durch und durch europäischen Geist getragen sind. Ich möchte diesen Mitgliedern meine Bewunderung, meine Verbundenheit und meinen Dank aussprechen.

Georges Dassis,  
Präsident des EWSA

## BITTE VORMERKEN

**16. März-22. April 2016:**  
**EWSA, Brüssel:**  
Ausstellung: „Nachhaltigkeit“

**20. April 2016:**  
**EWSA, Brüssel:**  
Tag der Europäischen  
Bürgerinitiative

**27./28. April 2016:**  
**EWSA, Brüssel:**  
EWSA-Plenartagung

## IN DIESER AUSGABE

**2** Europa muss Armut  
besiegen – Kinder  
am stärksten bedroht

**2** Offizieller Besuch  
von Georges Dassis  
in Griechenland, den  
Niederlanden und Spanien

**3** Neue Delegierte für  
industriellen Wandel werden  
EWSA-Mitglieder

## EWSA startet Pro-Schengen-Kampagne mit Annahme einer Entschließung auf Februar-Plenartagung



Auf seiner Februar-Plenartagung verabschiedete der EWSA eine Pro-Schengen Entschließung mit dem Titel: „Europa ohne Grenzen – Ja zu Schengen“. In der Entschließung des EWSA „Europa ohne Grenzen – Ja zu Schengen“, einem Plädoyer für die Aufrechterhaltung des Schengener Übereinkommens, bringen die Vertreter der europäischen Zivilgesellschaft ihre Sorge angesichts des Drucks auf das Schengener Übereinkommen zum Ausdruck, das für sämtliche Lücken im europäischen Grenzsystem als bequemer Sündenbock erhalten muss. Die Entschließung ist ein nachdrücklicher Appell der europäischen Zivilgesellschaft an die europäischen Regierungen, nicht populistischem Druck und Ängsten nachzugeben, sondern die Rechte zu verteidigen, für die die Europäer in den letzten 30 Jahren gekämpft haben.

„So wie Solidarität durch die Beseitigung von Hemmnissen gestärkt wird, so wird sie durch die Wiedererrichtung dieser Hemmnisse auch wieder geschwächt“, erklärte EWSA-Präsident **Georges Dassis**, als er die Kampagne zur Unterstützung der Entschließung lancierte.

„Wenn das freie Überschreiten der Binnengrenzen und die Freizügigkeit Ausdruck einer immer engeren Union zwischen den Völkern sind, dann steht jegliche Behinderung dieser Freiheit für eine Spaltung zwischen den Völkern.“

**Jacek Krawczyk**, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber des EWSA, ergänzte: „Schengen steht für

weitaus mehr als nur Reisefreiheit für Abermillionen EU-Bürger, für weitaus mehr als nur enorme Handelserleichterungen für Abertausende europäische Unternehmen. Schengen ist eines der wichtigsten und ehrgeizigsten Ergebnisse des großen europäischen Einigungswerks. Es ist ein Symbol, eine Errungenschaft, die nicht leichtfertig aufgegeben werden darf. Die europäischen Arbeitgeber stehen hinter Schengen und appellieren dringend an die politischen Entscheidungsträger, keinen Schritt zurück zu tun. Das Europa, wie wir es kennen, kann ohne Schengen nicht überleben!“

**Gabriele Bischoff**, Vorsitzende der Gruppe Arbeitnehmer des EWSA, betonte ihrerseits: „Das Recht der EU-Bürger, in einem anderen Mitgliedstaat Arbeit zu suchen, zu arbeiten und sich dort niederzulassen, ist in der EU-Grundrechtecharta festgeschrieben. Für die Bürger ist Schengen etwas Konkretes, ein Schlüssel, der ihnen die Türen öffnet, so dass sie diese Rechte wahrnehmen und die Vorteile von ‚Europa‘ in ihrem Alltag positiv erleben können. Eine Schwächung oder

Auerkraftsetzung von Schengen werden das Vertrauen und die Unterstützung vieler Arbeitnehmer weiter zerrütten und letztlich Europa schwächen.“

**Luca Jahier**, Vorsitzender der Gruppe Verschiedene Interessen des EWSA, fügte dem hinzu: „Der symbolische, politische und wirtschaftliche Preis einer Wiedereinführung der Binnengrenzen in Europa ist zu hoch: Ein rascher Zerfall der Europäischen Union könnte die Folge sein. Wir brauchen mehr Europa bei der Kontrolle der Außengrenzen, der Gewährleistung der inneren Sicherheit und der Bewältigung der Flüchtlingskrise, ganz sicher aber nicht die Abschaffung der Freizügigkeit. Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen käme einer Bankrotterklärung in Sachen europäische Solidarität, europäischer Zusammenhalt, europäische Verhandlungsführung, europäische Kompromissuche und europäische Verständigung gleich. Daher bitte: Hände weg von meinem Schengen!“

Arbeitnehmer, Unternehmen und auch die Zivilgesellschaft insgesamt werden einen hohen Preis bezahlen müssen: 7 Millionen EU-Bürger, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat leben, werden um die praktischsten Aspekte der Personenfreizügigkeit gebracht, an den Grenzübergängen werden sich zu Stoßzeiten endlose LKW-Staus bilden, wiedervereinte Grenzgemeinden werden erneut gespalten, und für die kommenden zehn Jahre wird ein Rückgang des BIP um 110 Mrd. EUR prognostiziert. Eine solche Aushohlungs der durch Schengen verkörperten Solidarität bedeutet für die europäische Integration zwei Schritte zurück. (cad)

## EWSA befürwortet eine wirksame Kapitalmarktunion, hat jedoch Bedenken über deren Relevanz für KMU

Investitionen und freier Kapitalverkehr sind grundlegend für das Wachstum in Europa. Die Kapitalmärkte in der EU sind jedoch immer noch unterentwickelt und fragmentiert. Daher legte die Europäische Kommission 2015 einen Aktionsplan zur Schaffung einer Kapitalmarktunion vor, um einen echten Binnenmarkt für Kapital in Europa zu schaffen. Der EWSA ruft die EU zu einer wirkungsvolleren Mobilisierung von Kapital auf, das in Unternehmen, Infrastrukturen und nachhaltige Projekte – die Arbeitsplätze schaffen und Wachstum erzeugen – fließen muss.

Auf seiner Plenartagung verabschiedete der EWSA eine Stellungnahme zu dem Aktionsplan der Europäischen Kommission, in der er dessen Zielsetzungen unterstützt und sich für eine Ausweitung und Diversifizierung der Finanzierungsmöglichkeiten in einem Binnenmarkt für Kapital ausspricht, der auf der größtmöglichen

Harmonisierung von Vorschriften beruht. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Mitgliedstaaten die verschiedenen Maßnahmen des Aktionsplans auf die gleiche Art und Weise einführen, anwenden und überwachen.

Der EWSA schlug in seiner Stellungnahme auch spezielle Anpassungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) vor, denn er hat ernste Bedenken über die Relevanz und Wirksamkeit der Kapitalmarktunion für KMU.

„Die Finanzierung der KMU als den Triebkräften der europäischen Wirtschaft muss das Kernstück der künftigen Kapitalmarktunion sein. Es gibt zurzeit einen Informationsmangel, der behoben werden muss, und wir brauchen einen KMU-freundlicheren Rahmen für die Kreditgewährung“, so Daniel Mareels, Berichterstatter des EWSA für dieses Thema.



© Shutterstock/kolasevnen

Mit dieser Stellungnahme bekräftigt der EWSA erneut die Wichtigkeit von Bankdarlehen als zentraler Komponente der Finanzierung der Wirtschaft und spricht sich für die weitere Erschließung neuer Märkte aus, einschließlich derer für notleidende Kredite (nicht mehr bediente oder kurz vor dem Ausfall stehende Kredite). (cad)



# Europa muss Armut besiegen – Kinder am stärksten bedroht

© shutterstock/blackboard1965



Der EWSA verabschiedete auf seiner Plenartagung vom Februar eine Stellungnahme, in der er den Rat der Europäischen Union auffordert, wie versprochen bis 2020 mindestens 20 Millionen Menschen aus der Armut zu führen. Die Stellungnahme zum Thema **Armutsbekämpfung (Berichtsersteller: Seamus Boland, Mitberichtersteratterin: Marjolijn Bulk)** wurde auf Ersuchen des niederländischen Ratsvorsitzes erarbeitet. Um die Ziele der EU zu erreichen, müssen die Mitgliedstaaten auf einen gemeinsamen europäischen Rahmen gestützte, eigene nationale Strategien zur Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung entwickeln. Diese Strategien sollten angemessene Einkommensunterstützung, integrative Arbeitsmärkte, hochwertige Arbeitsplätze und einen gleichberechtigten Zugang

zu erschwinglichen, hochwertigen Dienstleistungen für alle, auch für Migranten und Asylberechtigte, umfassen.

Einer der Bereiche mit dringendem Handlungsbedarf ist die Kinderarmut. Kinder unter 18 gehören zu den Gruppen, die stärker von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind als die Gesamtbevölkerung, nämlich zu 27,1%. Außer bei Kindern ist das Armutsrisiko aufgrund der beispiellos hohen Jugendarbeitslosigkeit bei jungen Menschen besonders hoch.

Nach Ansicht des EWSA müssen dringend Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut in Europa ergriffen werden, wie etwa ein angemessenes Mindesteinkommen und die Einrichtung eines universellen, umfassenden und angemessenen Sozialsystems. Er begrüßt zwar die Absicht des niederländischen Ratsvorsitzes, Peer Reviews zu organisieren, um auf nationaler Ebene verfolgte bürgernahe Bottom-up-Ansätze auszuloten, bekräftigt jedoch, dass dem Sozialstaat bei der Armutsbekämpfung eine wesentliche Rolle zukommt und nicht ausschließlich auf lokale Initiativen gesetzt werden sollte.

Im Dezember 2015 hat der EWSA fünf Basisorganisationen, die sich in Deutschland, Irland, Frankreich, Polen und Finnland für die Linderung der Armut einsetzen, den **Europäischen Preis der Zivilgesellschaft** 2015 verliehen. (sg) ●

## EWSA-Schwerpunkt: Menschen wieder in Arbeit bringen

### Ausschuss fordert rasche Maßnahmen und Kreativität bei der Lösung der Beschäftigungskrise

Vor dem Hintergrund der besorgniserregenden Beschäftigungslage und der stagnierenden Investitionen in weiten Teilen Europas verabschiedete der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) auf seiner Plenartagung am 17. Februar eine **Stellungnahme zum Jahreswachstumsbericht 2016**. Besonders besorgt zeigt sich der EWSA wegen der hohen Arbeitslosigkeit – 22,5 Millionen Menschen sind ohne Arbeit, und 122 Millionen sind von Armut bzw. sozialer Ausgrenzung bedroht. Dies ist inakzeptabel und muss die Kommission und die europäischen Spitzenpolitiker endlich zum Handeln bewegen.

In seiner Stellungnahme begrüßt der EWSA den Beschluss, den Zielen der Europa-2020-Strategie im Rahmen des Europäischen Semesters mehr Raum zu geben. Für einen realen und nachhaltigen Aufschwung bedarf es eines Anstiegs der Binnennachfrage, welche durch langfristige öffentliche Investitionen gestärkt werden könnte. Den Regierungen sollte daher ein entsprechender Spielraum für notwendige Infrastrukturinvestitionen sowie ein Zugang zu günstigeren Finanzmitteln eingeräumt werden.

In seinen Empfehlungen spricht sich der EWSA dafür aus, ● vermehrte Anstrengungen zur Vollendung des EU-Binnenmarkts und zur Modernisierung der europäischen Wirtschaft zu unternehmen; ● das Übereinkommen von Paris zur Energiewende als Impuls für die Wirtschaftsentwicklung zu nutzen ● sowie sich stärker und koordinierter gegen aggressive Steuerplanung, Steuerbetrug und Steuerhinterziehung vorzugehen, was den Mitgliedstaaten Steuereinnahmen in geschätzter Höhe von einer Billion Euro bringen würde.

Zur Bekämpfung der Langzeit- und der Jugendarbeitslosigkeit sind Sofortmaßnahmen erforderlich. Besonderes Augenmerk muss den vielen jungen Menschen gelten, die weder eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren noch eine Arbeit haben (NEETs). „Investitionen in die Humanressourcen durch allgemeine und berufliche Bildung mit Schwerpunkt auf die Jugend dürfen nicht weiter hinausgeschoben werden“, warnt **Juan Mendoza Castro**, der die EWSA-Stellungnahme zum Jahreswachstumsbericht als Berichtsersteller erarbeitet hat. (sma) ●

## Arbeitsmarktbeobachtungsstelle: Flüchtlinge sind Chance für den europäischen Arbeitsmarkt

Bei einer öffentlichen Debatte am 22. Februar im EWSA wurde mit Nachdruck eine bessere Integration von Flüchtlingen in die europäischen Gesellschaften gefordert, insbesondere durch Arbeit. Die von der Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (ABS) des EWSA organisierte Veranstaltung zum Thema **„Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt: die Krise in eine Chance umwandeln“** brachte eine Reihe wichtiger politischer Empfehlungen hervor.

Krzysztof Pater, stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsmarktbeobachtungsstelle, erklärte: *„Die Erfahrung zeigt, dass die Integration von Flüchtlingen für die Gesellschaft von Vorteil ist, und dabei kann die Zivilgesellschaft natürlich maßgeblich helfen.“* Die Mitgliedstaaten seien auf den derzeitigen massiven Zustrom von Flüchtlingen weitgehend unvorbereitet. Klára Fóti, Vertreterin von Eurofound, wies darauf hin, dass die Gesetze wie auch die integrationsfördernden Maßnahmen von Land zu Land anders seien. Die IOM-Delegierte Geertrui Lanneau unterstrich die Bedeutung von Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung, da ein Großteil der Migranten noch sehr jung sei und Qualifikationen benötige.

Christa Schweng, Mitglied des EWSA, stellte fest, dass *„ein wirklich europäisches Migrationssystem“* erforderlich sei und dass *„speziell auf weibliche Flüchtlinge ausgerichtete Integrationsmaßnahmen entwickelt werden sollten, damit das Familieneinkommen verbessert werden kann und eine Ghettobildung vermieden wird.“* Sie betonte, dass das Augenmerk auf Unternehmertum und Selbstständigkeit als wichtige Faktoren für die Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt liegen müsse.

In der Diskussion über die Möglichkeiten zur Erleichterung der Beschäftigung von Flüchtlingen, sei es als Angestellte oder Selbstständige, stellten die Teilnehmer der ABS-Veranstaltung erfolgreiche Beispiele aus Österreich (Wirtschaftskammer Österreich), Belgien (Projekt „Duo für einen Arbeitsplatz“) und Schweden (Projekt „Der schnelle Weg zur Integration“) heraus. (cad) ●

# Mehr Forschung und Innovation im Energiesektor und die Notwendigkeit eines europaweiten öffentlichen Energiedialogs

Der Europäische Strategieplan für Energietechnologie ist für einen schnelleren Umbau des europäischen Energiesystems notwendig, erklärt der Ausschuss in seiner auf der Februar-Plenartagung verabschiedeten Stellungnahme zum SET-Plan. Im Rahmen der neuen Energiepolitik sollten nach Meinung des EWSA Schlüsselsektoren für Forschung und Innovation ausgebaut und ein günstiges Umfeld für neue Ideen und Konzepte wie Technologien zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen und andere CO<sub>2</sub>-arme Technologien geschaffen werden. Die EU muss für die Energieerzeugung, den Energietransport und die Energieversorgung innovative Lösungen schaffen.

Der SET-Plan muss in der europäischen Wirklichkeit verankert sein – wenn die neuen Energietechnologien Steigerungen der Endkundenenergiepreise verursachen, können nach Ansicht des EWSA Korrekturmaßnahmen erwartet werden. Die Verbraucher sollten an dem Prozess beteiligt werden, und die Energiearmut muss sowohl durch sozialpolitische Maßnahmen als auch durch Maßnahmen der allgemeinen und beruflichen Bildung bekämpft werden. Erforderlich ist ein europaweiter öffentlicher Energiedialog, damit die Bürgerinnen und Bürger und die Zivilgesellschaft sich die Energiewende zu eigen machen und die Kosten der verschiedenen Technologien verstehen können. Der EWSA kann z.B. im Rahmen eines europäischen Forums der Zivilgesellschaft als Katalysator für diesen Dialog fungieren.

Der EWSA befürwortet eine europäische Energieversorgungsstrategie und die Schaffung einer echten Solidarität in diesem Bereich. Die Bedeutung von Erdgas im



© shutterstock/MachaFace

Energiemix und für die Energiesicherheit der Bürger darf nicht außer Acht gelassen werden. Investitionen und FuE im Bereich der Speicherung müssen gefördert werden, damit die Mitgliedstaaten über gemeinsame Reserven verfügen.

Zweck der Energieunion ist es, die Energieversorgung sicherer, nachhaltiger und für die Endverbraucher erschwinglicher zu machen. Sie wird ein freies Fließen der Energie über die Grenzen hinweg ermöglichen und für Energieversorgungssicherheit in jedem EU-Mitgliedstaat – d.h. für alle Unionsbürgerinnen und -bürger – sorgen. Die Rolle des SET-Plans ist in diesem Prozess von zentraler Bedeutung. (sg) ●

## Offizieller Besuch von Georges Dassis in Griechenland, den Niederlanden und Spanien



Präsident Georges Dassis beim spanischen Wirtschafts- und Sozialrat

Im Februar stattete EWSA-Präsident Georges Dassis Griechenland, den Niederlanden und Spanien je einen offiziellen Besuch ab. Am Dienstag, den 9. Februar traf er den Präsidenten der Republik Griechenland Prokopis Pavlopoulos. Dessen Ansicht nach kommt dem EWSA eine besondere und historische Rolle zu: Er sei errichtet worden, damit das soziale Antlitz der Europäischen Union nicht in Vergessenheit gerate, und stelle eine tragende Säule des Hauses Europa dar. Prokopis Pavlopoulos begrüßte, dass einmal mehr ein Grieche an der Spitze des EWSA stehe. Georges Dassis dankte dem griechischen Präsidenten und betonte, dass der EWSA seine Stellungnahmen auf der Grundlage sehr großer Mehrheiten verabschiede. Zudem unterstrich er, dass er Sparmaßnahmen nicht als Lösung für die Wirtschaftskrise sehe. Dassis verwies ausdrücklich auf die Initiativen, die der EWSA als Reaktion auf die Krise ergriffen hat, unter anderem die Stellungnahmen zur Steuer auf Finanztransaktionen und zur Vergemeinschaftung von Staatsschulden in Ländern, die in Schwierigkeiten sind – einschließlich Griechenland. Ferner erläuterte er den Standpunkt des Ausschusses zur Flüchtlings- und Migrationskrise und alle vom EWSA getroffenen Maßnahmen, einschließlich der „Going local“-Initiativen in zwölf verschiedenen Ländern.

Am Mittwoch, dem 10. Februar besuchte Georges Dassis im Rahmen des niederländischen EU-Ratsvorsitzes Den Haag. Der EWSA-Präsident kam insbesondere mit der niederländischen Staatssekretärin für Soziales und Beschäftigung Jetta Klijnsma zusammen. In diesem

Zusammenhang hatte er Gelegenheit, die Prioritäten des EWSA während des niederländischen Vorsitzes darzulegen, und betonte dabei, wie wichtig es ist, dass die EU einen europäischen Mindestlohn festlegt, um die Armut in Europa zu bekämpfen. Später traf er auch die Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales des niederländischen Parlaments Brigitte van der Burg und die Präsidentin des niederländischen Wirtschafts- und Sozialrats (SER) Mariëtte Hamer. Bei diesen Treffen wurden mögliche Vorschläge diskutiert, die die EU nutzen könnte, um die Arbeitslosigkeit zu senken und den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Außerdem unterstrich Georges Dassis die Bedeutung der Unterstützung der Freizügigkeit und des Schengen-Raums und verwies auf die EWSA-Kampagne.

Ende Februar schließlich besuchte der EWSA-Präsident Spanien, wo er mit Vertretern der Gewerkschaften UGT und CCOO, des Verbraucher- und Nutzerrates sowie des Dachverbands der Arbeitgeberverbände zusammentraf. Die Diskussionen, insbesondere zum Thema „Soziales Europa“, waren sehr fruchtbar. In einer Rede am 24. Februar vor dem spanischen Wirtschafts- und Sozialrat thematisierte Georges Dassis auch die Migration in Europa. Am folgenden Tag nahm er bei einem Besuch in Extremadura an einer von der Universität Extremadura veranstalteten Debatte zum Thema „Die Zukunft Europas und der soziale Dialog“ teil und traf auch mit der Vorsitzenden des Wirtschafts- und Sozialrates von Extremadura, Maria Mercedes Vaquera, zusammen. (pa) ●

# Korruption und Energiefragen im Fokus der Zivilgesellschaft EU-Ukraine

Die zweite Zusammenkunft der Plattform der Zivilgesellschaft EU-Ukraine war den dringend nötigen Reformen im Bereich der Korruptionsbekämpfung und der Energiepolitik sowie dem Stand der Umsetzung des Assoziierungsabkommens EU-Ukraine und den vertieften und umfassenden Freihandelszonen gewidmet. EWSA-Präsident Georges Dassis unterstrich das Bekenntnis der EU zu guten partnerschaftlichen Beziehungen mit allen Ländern der Europäischen Nachbarschaft. „Die Plattform nützt dem Assoziierungsprozess, weil sie wertvolle Beiträge der Zivilgesellschaft liefert; der Prozess darf nicht einfach auf den fachlichen Dialog zwischen Regierungen beschränkt sein“, fügte er hinzu.

„Dies ist eine neue Stufe der institutionellen Zusammenarbeit zwischen unseren Zivilgesellschaften“, betonte der ukrainische Ko-Vorsitzende der Plattform,



Die zweite Zusammenkunft der Plattform der Zivilgesellschaft EU-Ukraine

Oleksandr Suschko. EAD-Direktor Fernando Andresen Guimaraes bekräftigte, dass der EAD die Arbeit der Plattform als wichtigen Faktor für die Umsetzung des Assoziierungsabkommens unterstütze. Der Leiter der Unterstützungsgruppe für die Ukraine, Peter Wagner, verwies darauf, dass nicht alle Schwierigkeiten ihre

Ursache im russisch-ukrainischen Konflikt hätten; einige seien schlicht hausgemacht, wie z.B. der Mangel an verlässlicher Gesetzgebung oder auch die Probleme bei der Korruptionsbekämpfung, der Reformierung des öffentlichen Dienstes und der Privatisierung.

Die Mitglieder der Plattform der Zivilgesellschaft sahen übereinstimmend eine der Prioritäten darin, etwas gegen den mangelnden politischen Reformwillen in der Ukraine zu tun und gleichzeitig auf die volle Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu dringen. Eine **gemeinsame Erklärung** wurde angenommen, in der eine vollständig unabhängige Justiz, Gesetze über Parteienfinanzierung und -werbung, Pressefreiheit, ein wirksames Wettbewerbsrecht und Überlegungen zur künftigen Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Energieunion gefordert werden. (mm)

## Neue Delegierte für industriellen Wandel werden EWSA-Mitglieder



Am 25. Februar nahmen 51 neue und alte Delegierte an der ersten Sitzung der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel (CCMI) in der neuen Mandatsperiode des EWSA teil. Die CCMI-Delegierten vertreten die verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Bereiche und Organisationen der Zivilgesellschaft, die vom industriellen Wandel betroffen sind oder daran teilhaben. Sie stellen die Hälfte der Mitglieder der CCMI und werden mit derselben Anzahl an EWSA-Mitgliedern zusammenarbeiten, die der CCMI angehören. Sie werden bis zum 31. Dezember 2020 im Amt bleiben.

Der Delegierte **Jacques Glorieux** wurde als Vertreter der Kategorie Verschiedene Interessen zum Ko-Vorsitzenden der CCMI gewählt und wird den Vorsitz der Kommission in den nächsten zweieinhalb Jahren gemeinsam mit EWSA-Mitglied **Lucie Studničná** (Gruppe Arbeitnehmer, CZ) führen. Die EWSA-Mitglieder **Gundars Strautmanis** (Gruppe Arbeitgeber, LV) und **Carlos Trias Pintó** (Gruppe Verschiedene Interessen, ES) sowie die CCMI-Delegierten **Patrizio Pesci** (Gruppe Arbeitgeber, IT) und **Enrico Gibellieri** (Gruppe Arbeitnehmer, IT) bilden den neuen Vorstand. An der Begrüßungsfeier nahm der für digitale

Wirtschaft und Gesellschaft zuständige EU-Kommissar Günther Oettinger teil.

Die CCMI hat das Erbe der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) angetreten. Sie wurde nach Auslaufen des EGKS-Vertrages im Jahre 2002 gegründet, um den in über 50-jähriger Tätigkeit angesammelten wertvollen Sachverstand zu bewahren, den strukturierten Dialog in den ursprünglichen Bereichen Kohle und Stahl fortzusetzen, aber auch um den ursprünglichen Zuständigkeitsbereich der EGKS schrittweise auf sämtliche Aspekte des industriellen Wandels und seiner Auswirkungen auf Beschäftigung, sozial- und strukturpolitische Maßnahmen, Beihilfe- und Wettbewerbspolitik, Forschung und technologische Entwicklung, nachhaltige Entwicklung, Handelspolitik und andere Bereiche auszudehnen.

Die Delegierten der CCMI werden vom EWSA aus Verbänden ernannt, welche die Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene vertreten. Sie sind ebenso wie der EWSA als solcher in drei verschiedene Kategorien unterteilt (Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Verschiedene Interessen). Ähnlich wie die EWSA-Fachgruppen erarbeitet die CCMI Stellungnahmen

und Informationsberichte auf Ersuchen der Beschlussfassungsorgane der EU, aber auch auf eigene Initiative, und sie kann aufgefordert werden, die Stellungnahmen der Fachgruppen durch die Befassung mit den Auswirkungen spezifischer Fragen auf den industriellen Wandel zu ergänzen (ergänzende Stellungnahmen).

Die CCMI hat in den letzten Jahren zahlreiche richtungweisende Stellungnahmen und Studien erstellt. Ihre Pionierarbeit zur geplanten Obsoleszenz ist Teil eines umfassenderen laufenden Projekts, das im März zur Veröffentlichung einer weichenstellenden Studie führen wird. 2015 befasste sie sich mit der komplexen Frage der **Korruptionsbekämpfung in der EU** und mit den Herausforderungen eines **asbestfreien Europa** und seinen enormen wirtschaftlichen und gesundheitlichen Auswirkungen. 2014 beleuchtete sie die **Auswirkungen von Unternehmensdienstleistungen in der Industrie** und die voraussichtlichen sozioökonomischen Auswirkungen der 4. industriellen Revolution und des Internet. Sie wird sich weiter mit der Industrie 4.0 beschäftigen, um Anreize für die europäische Industrie zu schaffen, die strategischen Möglichkeiten des Internet umfassend zu nutzen. (dm)

## Your Europe, Your Say 2016: Schüler machen sich für europaweite Jugenddebatte zur Migration bereit

In den letzten eineinhalb Monaten haben viele Mitglieder des EWSA aktiv Schulen in der gesamten EU und darüber hinaus besucht, um Schülerinnen und Schüler

auf die europaweite Jugenddebatte **Your Europe, Your Say** („Deine Meinung für Europa“) einzustimmen, die vom 17. bis 19. März 2016 in Brüssel stattfindet. Der

EWSA organisiert diese Veranstaltung im siebten Jahr in Folge, um die Standpunkte, Erfahrungen und Ideen junger Menschen in die Politikgestaltung der EU einfließen zu lassen.

Bei ihren Besuchen in den Schulen trafen die Mitglieder mit den Schülern sowie einer Lehrkraft zusammen, um die Veranstaltung, die in diesem Jahr die **Migration** in Europa als Thema hat, vorzubereiten. Sie stellten die Tätigkeiten des EWSA und seine Rolle als Sprachrohr der Zivilgesellschaft in Europa vor und gaben ihnen Hinweise für die Debatte. Teilnehmende Schüler aus ganz Europa werden die Aufgabe haben, konkrete Maßnahmen vorzuschlagen, mit denen in Schulen, Vereinen usw. die Integration junger Migranten in die europäische Gesellschaft gefördert werden kann.

**33 Schulen** wurden aus über 400 Bewerbern aus den 28 EU-Mitgliedstaaten und erstmals auch den fünf Bewerberländern (Albanien, Türkei, Montenegro, Serbien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) ausgewählt.

Schüler der ausgewählten Schulen können bereits jetzt zueinander Kontakt über **Facebook** oder **Twitter** aufnehmen, um Ideen und Informationen auszutauschen. (dm)



EWSA-Mitglieder Roman Haken, Ronny Lannoo und Ionuț Sibian während ihrer Besuche in den Schulen in Belgien (links), der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (rechts oben) und Albanien (rechts unten)

## Europäische Bürgerinitiative: mehr Wirkung, vereinfachte Regeln

### Öffentliche Anhörung zur Überarbeitung der EBI

Die EU steht seit langem aufgrund des bestehenden Demokratiedefizits in der Kritik. Mit der Schaffung der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) wollte die EU ihren Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, sich aktiv am EU-Rechtsetzungsprozess zu beteiligen.

Bis dato haben über 6 Millionen Menschen eine EBI unterzeichnet, aber von den insgesamt 56 Initiativen wurden nur 36 von der Kommission zugelassen, und nur bei dreien konnte die erforderliche Anzahl von einer Million Unterschriften gesammelt werden. Und selbst diese drei Initiativen zeitigten keinerlei Wirkung, da die Europäische Kommission nicht verpflichtet ist, eine EBI in EU-Recht umzulegen.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) erarbeitet derzeit eine Stellungnahme zum Thema EBI, mit der er erreichen will, dass diese *benutzerfreundlicher, leichter durchführbar und wirksamer* wird. Auf einer Anhörung zum Thema EBI am 23. Februar in Brüssel forderte der EWSA-Berichtersteller für diese Stellungnahme **Antonio Longo** ein benutzerfreundlicheres Instrument, das es jedem Einzelnen ermöglicht, sich zu beteiligen. „In Zeiten, in denen die Bürgerinnen und Bürger immer weniger Vertrauen in die EU haben, muss die EBI zu einem Instrument umgestaltet werden, das ihnen ein echtes Mitspracherecht einräumt“, so Longo.

Die Hauptkritikpunkte an der EBI sind:

- Die Fristen für das Sammeln der erforderlichen Unterschriften sind zu knapp;
- die Organisatoren haben ein enormes Haftungsrisiko zu tragen, und eine solche persönliche Haftung für Schäden, die im Zuge der Durchführung einer EBI entstehen könnten, wirkt abschreckend;
- für die Einreichung einer EBI werden viel zu viele Informationen verlangt;
- Bürgerausschüsse sind rechtlich nicht verankert;
- die Zulassungsvoraussetzungen für EBI werden viel zu streng ausgelegt
- und die Anforderungen bezüglich Daten unterscheiden sich von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat.

**Am 20. April veranstaltet der EWSA den Tag der Europäischen Bürgerinitiative** (siehe spezifische Webseite <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.civil-society>). (sma)

## Der EWSA – sind Sie auf dem neuesten Stand?



Mit neun Plenartagungen pro Jahr und zahlreichen Anhörungen, Konferenzen, Sitzungen zum zivilgesellschaftlichen Dialog und vielem mehr kann man wirklich sagen, dass im Ausschuss immer etwas los ist!

Halten Sie sich auf dem Laufenden – und vor allem – verpassen Sie keine für Sie wichtige Veranstaltung oder Diskussion! Sie können uns beinahe in Echtzeit über die Kanäle der sozialen Medien folgen. Schauen Sie doch mal auf unsere **Social Media Map**, wo Sie einen vollständigen Überblick bekommen und Ihre bevorzugten Informationsquellen auswählen können.

Auf diese Weise erhalten Sie nicht nur aktuelle Informationen zu neuen **Stellungnahmen** und interessanten Diskussionen aus erster Hand, sondern Sie erfahren auch, wann Sie sich einschalten müssen, um unsere gestreamten Live-Webcasts zu verfolgen.

Sie möchten mehr über unsere Mitglieder erfahren? Folgen Sie ihnen auf: [https://twitter.com/EU\\_EESC/lists/ourmembers/members](https://twitter.com/EU_EESC/lists/ourmembers/members)

Unsere Social Media Map ist abrufbar unter: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.take-part-social-media> (sb)

## Umsetzung der EU-Luftverkehrsstrategie – wie lassen sich die Interessenträger dafür gewinnen?

### Beitrag der Gruppe Arbeitgeber

Es sind turbulente Zeiten für den europäischen Luftverkehr. Wir erleben rasche Veränderungen auf dem Markt, eine schnelle Umgestaltung der Geschäftsmodelle und einen dynamischen Wandel in der Kundenwahrnehmung der Luftverkehrsbranche. Ein stringenter, übergreifender Ansatz fehlt und die europäische Luftfahrt braucht dringend eine kohärente Strategie.

Die Vertreter der Zivilgesellschaft beteiligen sich aktiv an der Debatte über die Zukunft des europäischen Luftverkehrs. Im September 2015 verabschiedete der EWSA eine Sondierungsstellungnahme zum Thema „Integrierte europäische Luftverkehrspolitik“, mit einer ganzen Reihe von Vorschlägen für die seinerzeit von der Europäischen Kommission ausgearbeiteten Luftverkehrsstrategie. Ihre „Luftverkehrsstrategie für Europa“ wurde im Dezember veröffentlicht, und dementsprechend arbeitet der EWSA gegenwärtig eine Stellungnahme zu dem Dokument aus.

In diesem Zusammenhang wird am 21. April im EWSA-Gebäude eine öffentliche Anhörung zur EU-Luftverkehrsstrategie stattfinden. Sie



Jacek Krawczyk, Vorsitzender der Gruppe Arbeitnehmer, und Violeta Bulc, EU-Kommissarin für Verkehr, bei der letzten öffentlichen Anhörung zur EU-Luftverkehrsstrategie

wird den diversen Interessenträgern, die die zahlreichen Branchen der Luftfahrtindustrie repräsentieren, die Gelegenheit bieten, mit dem für Verkehr zuständigen Kommissionsmitglied Violeta Bulc die Vorschläge der Kommission zu diskutieren. „Wie in der vorhergehenden Stellungnahme des EWSA herausgestrichen wurde: Ehe die europäische Luftfahrt zu einem neuen Höhenflug ansetzen und erneut wirksame Beiträge zur

wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der EU leisten kann, muss Partikularismen im Flugverkehrswertenetz Einhalt geboten werden. Wir fordern alle Interessenträger in der Luftfahrt auf, sich zu der Umsetzung einer neuen EU-Luftverkehrsstrategie zu verpflichten“, erklärte Jacek Krawczyk, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber und Berichterstatter des EWSA für die Luftverkehrsstrategie. (lj) ●

## Freizügigkeit und Schengen: Die Rechte der Arbeitnehmer wahren

### Beitrag der Gruppe Arbeitnehmer

Am 1. Februar 2016 hielt die Gruppe Arbeitnehmer in Brüssel die außerordentliche Sitzung *Freizügigkeit und Schengen: Die Rechte der Arbeitnehmer wahren* ab. Die Vorsitzende der Gruppe Arbeitnehmer, Gabriele Bischoff, eröffnete die Sitzung mit einem Ausblick auf die künftigen Herausforderungen: Angriffe auf Tariffreiheit und Freizügigkeit, anhaltende Sparmaßnahmen, drohender Brexit, Unvermögen der EU-Führung, die Flüchtlingskrise in den Griff zu bekommen, usw. Sie warnte, dass David Camerons Vorschläge eine Beeinträchtigung der Arbeitnehmerrechte bedeuten könnten, und rief die Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft auf, gemeinsam für die Wahrung der bestehenden Rechte einzutreten, die Freizügigkeit in einem Schengen-Raum ohne Grenzen zu verteidigen und die WWU zu stärken.

Zu den weiteren Zukunftsaufgaben, die die Gruppe erörterte, gehörte das REFIT-Programm der Kommission. Der Berichterstatter für REFIT, Denis Meynent, erklärte, dass Bemühungen zur Vereinfachung des EU-Rechts nicht zu einer Deregulierung führen dürften, die für die Arbeitnehmer nachteilig sein könnte.

Auf der Tagesordnung standen auch die Nachhaltigkeitsziele in der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Die stellvertretende BNE-Vorsitzende Isabel Caño betonte die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen dem EGB und der Gruppe Arbeitnehmer, um die gewerkschaftlichen Prioritäten in diesem Zusammenhang voranzubringen.

In einer weiteren Debatte ging es um die gemeinsamen Prioritäten der Gruppe Arbeitnehmer und der Gewerkschaftsbewegung, wobei EGB-Generalsekretär Luca Visentini hervorhob, dass Schengen die oberste Priorität sei, denn der Schengen-Besitzstand sei gegenwärtig wegen der Flüchtlingskrise und der Verhandlungen mit Großbritannien bedroht. Eine weitere Priorität sei für ihn der Kampf gegen den Sozialabbau und gegen die im Kontext der Brexit-Verhandlungen unternommenen Versuche, das europäische Sozialmodell zu zerschlagen. Schließlich müsse die Arbeiterbewegung auch handeln, um jegliche Versuche zur Abschaffung etablierter Rechte wie etwa des Streikrechts, das gegenwärtig in mehreren Ländern in Bedrängnis sei, zu vereiteln. (mg) ●



Gabriele Bischoff, Vorsitzende der Gruppe Arbeitnehmer, und EGB-Generalsekretär Luca Visentini

## Übergang von der Landwirtschafts- zu einer Lebensmittelpolitik

### Beitrag der Gruppe Verschiedene Interessen



#### Group III – Various Interests' Group

Am Donnerstag, den 21. April, veranstaltet die Gruppe Verschiedene Interessen des EWSA eine außerordentliche Sitzung im niederländischen Wirtschafts- und Sozialrat (Sociaal-Economische Raad – SER) in Den Haag. In der Sitzung wird es um das Thema *Von Landwirtschafts- bis zu Lebensmittelpolitik – gesund und nachhaltig produzieren und konsumieren* gehen.

Die Gruppe möchte das Thema **nachhaltige Lebensmittelpolitik** weiterhin als Schwerpunkt behandeln und einen Dialog mit institutionellen und zivilgesellschaftlichen Akteuren aus den Mitgliedstaaten aufnehmen, um Schlussfolgerungen zu erarbeiten, die dem EU-Ratsvorsitz und den anderen EU-Institutionen vorgelegt werden sollen.

Thematisch und inhaltlich orientiert sich die Veranstaltung weitgehend an einem Bericht des wissenschaftlichen Beirats der niederländischen Regierung (Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid – WRR) mit dem Titel *Towards a Food Policy* (<http://www.wrr.nl/en/publications/publication/article/naar-een-voedselbeleid/>), der vom Wirtschaftsministerium der Niederlande auf nationaler und

europäischer Ebene unterstützt und beworben wurde. Der EU-Ratsvorsitz wird vom 29. bis 31. Mai 2016 eine informelle Tagung der Landwirtschaftsminister abhalten (teilweise mit dem Ziel der Aufnahme von Gesprächen über die GAP nach 2020) und hat den EWSA bereits um Erarbeitung einer Sondierungsstellungnahme zum Thema *Nachhaltigere Lebensmittelversorgung* ersucht, die voraussichtlich kurz vor der Tagung im Mai fertiggestellt wird.

Zu der Veranstaltung werden rund 100 Teilnehmer (EWSA-Mitglieder, lokale Organisationen der Zivilgesellschaft und Medienvertreter) erwartet. Als Redner sind u.a. prominente institutionelle Akteure und Vertreter aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz, Forschung und Wirtschaft der nationalen und europäischen Ebene geladen. Nähere Informationen zu der Veranstaltung finden Sie unter: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.group-3-events-and-activities>. (cl) ●

## IN KÜRZE IM EWSA

### Öffentliche Anhörung „Die externe Dimension der Energiepolitik der EU“ – 30. März

Die Fachgruppe Außenbeziehungen (REX) des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses veranstaltet am 30. März eine öffentliche Anhörung zur externen Dimension der Energiepolitik der EU am Sitz des EWSA (Jacques-Delors-Gebäude) in Brüssel.

Experten sowie Vertreter der Zivilgesellschaft und der EU-Institutionen werden grundlegende Fragen in Verbindung mit der Energiepolitik der EU erörtern, u.a. die Diversifizierung der Energieversorgung und die Vollendung des Energiebinnenmarkts.

Diese öffentliche Anhörung ist Teil der Vorbereitungsarbeiten für die einschlägige Stellungnahme, die der EWSA auf Ersuchen des niederländischen Ratsvorsitzes (Januar bis Juni 2016) erarbeitet. In Anbetracht der geopolitischen Entwicklungen der letzten sieben Jahre (Arabischer Frühling, zunehmende Spannungen mit Russland im Kontext der Östlichen Partnerschaft, Nahost-Krisen, Ölpreisschwankungen) und anderer wirtschaftlicher und technischer Einflüsse (Ölpreisniveau, neue Flüssiggas-Terminals, Fracking-Debatte usw.) scheint eine Überarbeitung der früheren Ausschussstellungnahme zu diesem Thema (Januar 2009) angezeigt. (mm) ●

### Die europäische Energieunion und ihre Auswirkungen für die Zivilgesellschaft in Bulgarien

Am 22. März veranstaltet der EWSA zusammen mit dem Wirtschafts- und Sozialrat der Republik Bulgarien eine öffentliche Anhörung in Sofia. In diesem Rahmen werden hochrangige Vertreter wichtiger EU-Institutionen, einzelstaatlicher Regierungen und Regulierungsbehörden sowie Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen und Fachleute den besonderen Fall Bulgariens erörtern und sich mit den Fragen beschäftigen, welche Auswirkungen die Energieunion auf den Energiesektor des Landes haben und wie dieser von dem Maßnahmenprogramm profitieren könnte.

Die Energieunion gehört zu den wichtigsten Prioritäten der aktuellen Europäischen Kommission. Ziel dieses ehrgeizigen Maßnahmenprogramms ist die Schaffung eines europäischen Energiesystems, mit dem für eine sichere, nachhaltige, wettbewerbsfähige und erschwingliche Energieversorgung für die europäischen Bürger gesorgt wird. Das Programm wurde im Februar 2015 gestartet und hat bereits verschiedene politische Initiativen hervorgebracht. In den kommenden Jahren soll das Umsetzungstempo noch weiter gesteigert werden. Angesichts der großen Herausforderungen für die Entscheidungsträger im Energiesektor – von der Umstellung auf eine CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft bis hin zur Verringerung der Importabhängigkeit – sowie mit Blick auf die hoch gesteckten Ziele der Energieunion hält der EWSA es für wichtig, einen offenen Dialog zwischen Regierungen, EU-Institutionen, Bürgern und der organisierten Zivilgesellschaft über das Thema zu fördern. (sg) ●

EWSA info in 23 Sprachen: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.eesc-info>

#### Redaktionsausschuss:

Alun Jones (Chefredakteur)  
Daniela Marangoni (Redakteurin)

#### Beiträge

##### zu dieser Ausgabe von:

Caroline Alibert-Deprez (cad)  
Chloé Lahousse (cl)  
Daniela Marangoni (dm)  
Leszek Jarosz (lj)  
Margarita Gavanoas (mg)  
Milen Minchev (mm)  
Pavlos Avramopoulos (pa)  
Siana Glouharova (sg)  
Silvia M. Aumair (sma)  
Sophie Birmann (sb)

#### Gesamtkoordinierung:

Agata Berdys (ab)

#### Redaktionsschluss:

1. März 2016

#### Anschrift:

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss  
Jacques-Delors-Gebäude,  
Rue Belliard/Belliardstraat 99,  
B-1040 Brüssel, Belgien  
Tel.: (+32 2) 546 94 76  
Fax: (+32 2) 546 97 64  
E-Mail: [eescinfo@eesc.europa.eu](mailto:eescinfo@eesc.europa.eu)  
Internet: <http://www.eesc.europa.eu/>

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der Plenartagungen des Ausschusses.

Die Druckausgaben von EWSA info in Deutsch, Englisch und Französisch sind beim Pressedienst des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses kostenlos erhältlich.

EWSA info kann auch in 23 Sprachen im pdf-Format vom Internetportal des Ausschusses abgerufen werden:

URL: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.eesc-info>

EWSA info ist keine offizielle Berichterstattung über die Arbeit des Ausschusses; diese erfolgt im Amtsblatt der Europäischen Union und in anderen Publikationen des EWSA.

Nachdruck mit Quellenangabe (bei Einsendung eines Belegexemplars an die Redaktion) gestattet.

Auflage: 6 500 Exemplare

Nächste Ausgabe: April 2016

GEDRUCKT AUF 100% RECYCLINGPAPIER

März 2016 / 3



Am für Veröffentlichungen